

## Edmund Stoiber: Die große Herausforderung: mit den Folgen der **Globalisierung** in einer Welt ohne klare Weltordnung fertig zu werden

Rede des Kanzlerkandidaten  
und bayerischen Minister-  
präsidenten beim 21. Franz-  
Josef-Strauß-Symposium –  
Internationale Fachtagung für  
Politik und Strategie  
am 5. Juli in München



*„Nur Gemeinsam mit  
unseren Freunden und Part-  
nern in Europa und jenseits  
des Atlantiks können wir  
unsere Zukunft in Sicherheit,  
Freiheit und Wohlstand  
gestalten.“*



---

*Hinter uns liegt ein Jahrhundert, zu dessen Beginn das Deutsche Reich sich über seine Rolle in der Welt zutiefst im Ungewissen war. Das Schwanken zwischen Minderwertigkeitskomplexen und Größenwahn, zwischen Einkreisungsängsten und Weltmachtstreben löste zwei historische Katastrophen aus und schuf unermessliches menschliches Leid. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das geteilte Deutschland fünfzig Jahre lang eine prekäre Sonderrolle mit äußerst begrenztem Handlungsspielraum ein. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss auch der größte Pessimist keine Wiederholung der Geschichte befürchten. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Platz, ihre Rolle in Europa und in der Welt gefunden.*



Ich freue mich, Sie hier zum Franz-Josef-Strauß-Symposium 2002 begrüßen zu können. Das Institut für Internationale Beziehungen der Hanns-Seidel-Stiftung organisiert diese internationale Fachtagung für Politik und Strategie nun schon zum 21. Mal. Das große Interesse an der Veranstaltung und die Liste der Referenten und Teilnehmer machen den großen Stellenwert des Symposiums in der außen- und sicherheitspolitischen Debatte deutlich, gerade in einer Situation, in der wir vor wichtigen politischen Weichenstellungen stehen. Es geht mir dabei um die Frage nach Deutschlands und Europas Rolle in der Welt – in einer Welt, die in den letzten Jahren durch dramatische Entwicklungen verändert wurde.

---

### Erhebliche Risiken gehen vom Zerfall staatlicher Autorität und von Zonen der Ordnungslosigkeit aus

Die große sicherheitspolitische Herausforderung der nächsten Jahre besteht zweifellos darin, mit den Folgen der Globalisierung in einer Welt ohne klare Weltordnung fertig zu werden. Wir müssen für mehr Stabilität und Sicherheit sorgen in einer globalen Situation, die vielen Menschen immer unruhiger und unüberschaubarer erscheint:

- Die Spirale der Gewalt im Nahen Osten fordert ständig neue Opfer und schürt den Hass auf beiden Seiten.

- Jahrzehntlang schwelende Auseinandersetzungen wie etwa zwischen Indien und Pakistan im Kaschmirgebiet eskalieren und werden durch den angedrohten Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu einer globalen Bedrohung.
- Erhebliche Risiken gehen auch vom Zerfall staatlicher Autorität und dem Entstehen von Zonen der Ordnungslosigkeit aus, vor allem in Südostasien und in Afrika. Eine ganze Reihe von Staaten ist nicht in der Lage, ihr eigenes Territorium wirksam zu kontrollieren und die Aktivitäten von hochgerüsteten Privatarmeen zu unterbinden. Diese finanzieren sich durch Waffenschmuggel, Drogenhandel sowie Erpressung von Lösegeldern und potenzieren damit die von ihnen ausgehenden Risiken.
- Terroristische Gruppierungen wie die Al Kaida können mit Waffen fast jeder Art an jedem Punkt der Welt zuschlagen. Die Fahndungs- und Ermittlungserfolge der letzten Wochen haben dazu erschreckende Erkenntnisse geliefert.

---

### Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik läuft der Entwicklung ohne Konzept hinterher

Auf die tiefgreifenden Veränderungen der globalen Rahmenbedingungen für unsere Sicherheit hat die rot-grüne Bundesregierung allerdings noch keine Antwort gefunden. Die deutsche Außen- und Sicherheits-

politik läuft der Entwicklung hinterher, ein strategischer Gesamtansatz ist nicht zu erkennen.

### Es gab keine deutschen Initiativen zur NATO-Erweiterung und zur Rüstungskontrolle

Geprägt wird die Bilanz von Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping stattdessen von einer ganzen Serie von Fehlern und Versäumnissen:

- Der transatlantische Dialog wurde vernachlässigt – und das in einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Partner vor neuen Herausforderungen stehen. Bei meinen Gesprächen mit führenden amerikanischen Politikern in Washington und New York vor wenigen Wochen habe ich immer wieder gespürt: In den USA ist man sich nicht sicher, ob Deutsche und Europäer überhaupt die gleiche Wahrnehmung dieser Herausforderungen haben wie Amerikaner.
- Es gab keine deutschen Initiativen zur NATO-Erweiterung, zum Verhältnis mit Russland und zur Rüstungskontrolle.
- Auch das Verhältnis zum wichtigen europäischen Nachbarn und Partner Frankreich hat sich unter Rot-Grün abgekühlt. Von dem früheren Motor der europäischen Entwicklung gehen keine Impulse mehr aus.
- Innerhalb der EU verprellt Gerhard Schröder mit polterndem Auftreten und lautstark vorgetragenen Maximalforderungen die Partner, ohne damit in der Sache viel zu erreichen.
- Der kläglich gescheiterte Versuch, Österreich abzustrafen und in die Ecke zu stel-

len, ist auf seine Urheber zurückgefallen.

- Die auswärtige Kulturpolitik und die Entwicklungspolitik sind durch finanzielle Auszehrung und das Fehlen einer durchdachten Zielsetzung zu Restgrößen geworden.
- Der Bundeskanzler denkt laut über den Einsatz der Bundeswehr im Nahen Osten nach und ignoriert dabei die besondere historische Situation. Auch heute noch ist es unvorstellbar, dass deutsche Soldaten in den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern intervenieren.
- Auf die stark gewachsenen Ansprüche an die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen reagiert die Bundesregierung ohne erkennbares Konzept und nimmt dafür das Entstehen einer Zweiklassen-Armee in Kauf.
- Der Verteidigungshaushalt ist deutlich unterfinanziert. Darunter leiden nicht nur die militärischen Fähigkeiten und das Gewicht Deutschlands im Bündnis, sondern auch die Motivation unserer Soldaten.
- Eine sicherheitspolitische Konzeption fehlt dieser Regierung allein schon deshalb, weil große Teile der Parteibasis von Rot-Grün die Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen verweigern. Bei den heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen um die Erteilung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wurde deutlich: Schröder und Fischer können bei so wichtigen Entscheidungen ihre eigene Mannschaft nur mit äußerster Mühe hinter sich bringen. Vielen passt die ganze Richtung nicht.

Doch wir können uns auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik weder Tatenlosigkeit noch hektischen Aktionismus leisten. Wir brauchen angesichts der neuen Bedrohungen und Risiken ein in sich stimm-



ges Sicherheitskonzept auf der Grundlage einer nüchternen Definition nationaler und europäischer Interessen. Dabei müssen wir von der Einsicht ausgehen, dass es nicht mehr ausreicht, Sicherheit auf das Prinzip Abschreckung zu gründen.

Die Öffnung von Grenzen, die enorme Mobilität und die immer stärkere internationale Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft führen dazu, dass sich lokale und regionale Krisen schneller im internationalen System ausbreiten. Der internationale Terrorismus nutzt die Offenheit der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts mit Hilfe modernster Kommunikationsmittel aus.

Spätestens die Ereignisse vom 11. September 2001 haben deutlich gemacht, dass wir gegen diese Bedrohung vorgehen müssen, bevor zu allem entschlossene Terroristen auf unserem eigenen Staatsgebiet oder dem eines Bündnispartners zuschlagen.

Wegen der Verflechtung der Weltgesellschaft und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen muss der internationale Terrorismus präventiv bekämpft werden, wenn nötig auch an den Ursprungsorten. Ich habe deswegen großen Respekt vor der Entschlossenheit, mit der die USA diese Herausforderung angenommen haben.

### Nach den Erfolgen gegen die Al Kaida darf es keine Rückkehr zu einer rein defensiven Strategie geben

Nur durch das Schmieden einer weltumspannenden Antiterror-Koalition war es möglich, entscheidende Schläge gegen den Terrorismus zu führen, und nur so konnte den Menschen in Afghanistan eine reelle Chance für einen Neubeginn und ein Leben in Freiheit und Sicherheit gegeben werden. Deutschland und seine europäischen Partner stehen in der

Verantwortung, bei diesem schwierigen Neubeginn und beim Wiederaufbau des Landes wirksame Unterstützung zu leisten.

Aber auch nach den Erfolgen gegen die Al Kaida darf es keine Rückkehr zu einer rein defensiven Strategie gegen den Terrorismus geben. Zu seiner Bekämpfung ist ein breites Spektrum politischer und wirtschaftlicher, aber auch militärischer Handlungsmöglichkeiten erforderlich. Dabei kann die militärische Option immer nur Teil eines umfassenden politischen Konzepts zur Eindämmung des Terrorismus sein.

### Für eine Grundgesetzänderung: zur Abwehr von Terror Einsatz der Bundeswehr auch im Inland

Die klassische Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist damit in Frage gestellt. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen machen deswegen neue Organisationsformen und Strukturen der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene notwendig.

Sie erfordern aber auch national die Bereitschaft, Konsequenzen zu ziehen. Ich setze mich daher für eine Grundgesetzänderung ein, um zur Abwehr von Terrorakten den Einsatz der Bundeswehr im Inland zu ermöglichen. Sie muss in einer besonderen Gefahrensituation ergänzend zur Polizei Aufgaben wie etwa die Sicherung von Flughäfen übernehmen können.

Der Gefahr des Terrorismus müssen wir darüber hinaus präventiv durch eine Stärkung der globalen Entwicklungskooperation begegnen. Die sozialen Spannungen und Gegensätze in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern sind zwar nicht die unmittelbare Ursache des internationalen Terrorismus. Aber sie führen zu wachsender

Perspektivlosigkeit, zu Radikalisierung und politischer Destabilisierung und bilden so den Nährboden, den terroristische Gruppierungen benötigen.

### Unser eigenes Interesse verlangt, dass sich die Entwicklungsländer erfolgreich in die Weltwirtschaft integrieren

Ziel deutscher Politik muss es deshalb sein, einen möglichst wirkungsvollen Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu leisten. Entwicklungspolitik muss zu einem zentralen Element einer umfassend angelegten und eng verzahnten Außen- und Sicherheitsarchitektur werden. Sie muss zur Überwindung von Zonen der Ordnungslosigkeit beitragen, die sonst von terroristischen Netzwerken als Rückzugsräume genutzt werden.

Es liegt in unserem eigenen Interesse, dass sich die Entwicklungsländer erfolgreich in die Weltwirtschaft integrieren. Dazu gehört neben einer Politik der offenen Märkte vor allem der Wissens- und Technologietransfer als Hilfe zur Selbsthilfe. Ich bin deswegen für eine spürbare Verstärkung des von Rot-Grün entgegen aller Zusagen immer weiter zusammengestrichenen Entwicklungshaushalts. Diese Mittel werden wir gezielter als die Regierung Schröder einsetzen – mit klarer Schwerpunktsetzung und Erfolgsorientierung. Entwicklungshilfegelder dürfen nicht versickern, wir müssen genauer überprüfen, welchen Nutzen sie bewirken.

Der wichtigste Eckpfeiler zur Sicherung von Freiheit und Sicherheit in Deutschland und Europa bleibt die NATO. Für Deutschland und seine europäischen Partner ist die Nordatlantische Allianz auch künftig lebensnotwendig – und zwar eine politisch

und militärisch relevante NATO. Manche Kommentatoren auf beiden Seiten des Atlantiks haben das Bündnis aufgrund der Ereignisse und Entwicklungen der letzten Jahre geradezu abgeschrieben. Dieser Einschätzung widerspreche ich entschieden. Wir brauchen die Nordatlantische Allianz heute und in Zukunft!

### Die Fortführung der Erweiterung stärkt die Allianz und bringt mehr Stabilität für Europa

Aber wegen der neuen Herausforderungen muss sich das Bündnis in mehrfacher Hinsicht erneuern und verändern:

- Die NATO muss ihren strategischen Fokus nach Süden und Südosten verschieben.
- Die Kernelemente ihrer Sicherheitsstrategie, also Abschreckung, Bündnisverteidigung und Interventionsfähigkeit, müssen untereinander neu austariert werden.
- Die NATO muss Mittel zur asymmetrischen Kriegsführung für den Kampf gegen den Terrorismus erhalten, also vor allem bewegliche leichte Kräfte.
- Die Rolle von Nuklearwaffen im Sicherheitskonzept muss neu bestimmt werden. Die USA haben mit der Nuclear Posture Review den Anstoß für eine Debatte gegeben, die ich für sehr wichtig halte.
- Die Fortführung der Erweiterung stärkt die Allianz und bringt mehr Stabilität für Europa, erfordert aber noch große Anstrengungen.

Schon die erste Runde der Erweiterung war ein großer Gewinn für Europa und das Bündnis. Auch die jetzt anstehende Aufnahme weiterer Mitglieder ist von großer Be-



deutung für die neue europäische Sicherheitsarchitektur.

---

■

### Gleichberechtigte Mitsprache nur dann, wenn wir auch gleiche Pflichten wahrnehmen

Doch bei der Gewichtung der Aufgaben und Funktionen der NATO darf die militärische Komponente nicht hinter der politischen Aufwertung zurückbleiben. Es liegt in erster Linie an den europäischen Bündnispartnern, dass die Allianz auch künftig nicht nur ein politisches Instrument zur Stabilisierung Europas ist, sondern eine globale Allianz mit militärischer Schlagkraft.

Dazu müssen wir die europäischen militärischen Fähigkeiten im Rahmen der NATO stärken, um selbst handlungsfähiger zu werden und gleichzeitig die USA bei wichtigen Aufgaben der Friedenssicherung zu entlasten. Das gilt insbesondere für den Balkan.

Es liegt an Europa selbst, durch seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten zum unverzichtbaren Partner der USA zu werden. Diese Herausforderung muss auf die europäische Agenda anstelle der Klagen über amerikanische Alleingänge. Gleichberechtigte Mitsprache und Mitwirkung können wir nur verlangen, wenn wir auch in der Lage sind, gleiche Pflichten in der Sicherheitspolitik wahrzunehmen.

Es liegt in unserem vitalen Interesse, und es hängt von unseren Anstrengungen ab, dass die NATO für die USA nicht nur als Diskussionsforum, sondern als Instrument des Handelns attraktiv bleibt.

Ich stimme dem Generalsekretär der NATO zu, wenn er sagt: „Als rein politische Allianz hat die NATO keine Zukunft.“

Die Nordatlantische Allianz darf ihre Identität als politisches Bündnis mit militärischer Schlagkraft nicht verlieren. Sie muss auf die neuen Herausforderungen auch militärisch antworten können. Dem steht jedoch entgegen, dass die Technologie- und Ausrüstungslücke zwischen den Partnern immer größer wird. Die europäischen Defizite im Bereich der Führungsfähigkeit, des Transports und der Aufklärung müssen deshalb so rasch wie möglich beseitigt werden. Wir brauchen moderne, schnell einsatzfähige Streitkräfte, die zusammen mit unseren Bündnispartnern dort operieren können, wo die neuen sicherheitspolitischen Risiken es verlangen.

---

■

### Unerträglich, dass Deutschland bei den Verteidigungsausgaben Schlusslicht in der NATO ist

Ein solches europäisches Modernisierungsprogramm basiert auf drei Voraussetzungen:

- **Erstens:** Die europäischen NATO-Partner, allen voran Deutschland, müssen bereit sein, mehr Geld für ihre Sicherheit auszugeben. Es ist unerträglich, dass Deutschland bei den Verteidigungsausgaben pro Kopf das Schlusslicht in der NATO ist. Wir müssen und werden hier eine deutliche Kurskorrektur vornehmen und den investiven Anteil unserer Ausgaben verstärken.
- **Zweitens:** Die europäische Sicherheitskooperation muss ausgebaut werden. Dazu gehören nach meiner Ansicht eine gemeinsame Streitkräfteplanung, eine gemeinsame Rüstungspolitik, ein gemeinsamer Fähigkeitskatalog und ein gemeinsames militärisches Beschaffungswesen.

Nur durch die Nutzung von Synergien können wir Europäer in Zeiten knapper Haushalte die notwendigen Fähigkeiten und Mittel bereitstellen. Wir müssen dabei über die nationalen Grenzen hinausdenken. Nur so kann die Wohlstandsunion EU zur Sicherheitsunion werden.

- **Drittens:** Auch die USA müssen zu noch mehr Technologietransfer und zu echter transatlantischer Rüstungskooperation bereit sein.

Die bisherigen Erfahrungen beim Aufbau der 1999 in Helsinki beschlossenen Europäischen Einsatztruppe sind ernüchternd. Das Vorhaben kommt nur schleppend voran. Es fehlt bislang auch ein Konzept für das Zusammenwirken von NATO und EU. Die NATO-Staaten müssen sich darauf verständigen, welche Unterstützung die Allianz bei militärischen Einsätzen leisten kann, die von der EU geführt werden. Nur so lässt sich die enge Verzahnung von Kapazitäten und Fähigkeiten der EU und der NATO herstellen und ein Auseinanderdriften verhindern.

---

### Es geht darum, die Lasten fair zu verteilen, und um ein höheres Maß an militärischen Fähigkeiten Europas

Ein einiges und starkes, militärisch handlungsfähiges Europa entlastet die Vereinigten Staaten und macht es ihnen möglich, ihr sicherheitspolitisches Engagement in anderen Regionen der Welt zu verstärken. Zugleich werden die Europäer zu eigenständigem Handeln befähigt.

Auf längere Sicht müssen wir deshalb über die Eingreiftruppe hinaus zu einer immer stärkeren sicherheitspolitischen und militärischen Integration in Europa kommen.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll und wird die NATO nicht schwächen oder überflüssige Parallelstrukturen schaffen. Es geht vielmehr darum, die Lasten fair zu verteilen und ein höheres Maß an militärischen Fähigkeiten Europas einzubringen.

---

### Die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO muss intensiviert und ausgebaut werden

Angesichts von globalen Risiken müssen die europäischen Partner auch bei der Frage der Raketenabwehr eigene Beiträge leisten. Es gehört zu den großen Versäumnissen der rot-grünen Bundesregierung, dass sie zu den amerikanischen Vorschlägen noch keine aussagekräftige Stellungnahme abgegeben hat. Die Bedrohung richtet sich aber in gleicher Weise auch gegen Europa. Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Wir müssen deshalb die Chance nutzen, die Meinungsbildung in der Atlantischen Allianz mitzugestalten. Dabei geht es um den Zusammenhalt des Bündnisses, aber auch um die Chance, unter Einschluss Russlands kooperative Sicherheitsstrukturen zu verwirklichen. Wir wollen keine neue Rüstungsdynamik in Gang setzen. Deswegen ist ein intensiver Dialog mit den Partnern im Bündnis und mit Russland erforderlich.

Das Verhältnis zwischen der NATO und Russland hat sich in den letzten Monaten grundlegend verändert. Präsident Putin hat deutlich gemacht, dass er die seit dem 11. September 2001 entstandene sicherheitspolitische Lage nutzen will, um die Beziehungen zum Westen auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO muss deshalb intensiviert und ausgebaut werden. Sie darf sich



nicht auf die aktuell wichtigste Aufgabe, den Kampf gegen den Terrorismus, beschränken. Wir müssen alle Kooperationsmöglichkeiten ausschöpfen, die im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte beschlossen wurden. Russland muss beim Wort genommen werden: Wir haben Zusammenarbeit beim Thema Proliferation vereinbart. Dann muss es unter Partnern auch möglich sein, darüber zu sprechen, dass uns die Lieferung von russischen Waffen an den Iran große Sorgen macht.

Deutschland hat aus vielen Gründen ein besonderes Interesse daran, die Zusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage klar definierter Voraussetzungen und Ziele zu verstärken. Stabilität auf unserem Kontinent kann es auf Dauer nur geben, wenn Russland politisch, wirtschaftlich und kulturell Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft ist. In der kommenden Woche werde ich bei einem Gespräch mit Präsident Putin in Moskau diese Perspektiven erörtern.

---

### **Auch der beste Motor kann seine Leistung nur entfalten, wenn er regelmäßig gewartet wird**

Im Westen Europas ist für Deutschland die Beziehung zu Frankreich von besonderer Bedeutung. Der deutsch-französische Motor war stets die Antriebskraft für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Aber auch der beste Motor kann seine Leistung nur dann entfalten, wenn er regelmäßig gewartet, überprüft und instand gehalten wird. Von französischer, aber vor allem von deutscher Seite ist dies in den letzten Jahren nicht im ausreichenden Maß geschehen. Das ist besonders bedauerlich vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen, vor denen die EU steht:

- eine Erweiterung von riesiger Dimension
- eine Verfassungsdebatte, die gerade beginnt,
- und die Positionierung Europas in der Welt.

Die entscheidende deutsch-französische Aufgabe ist es heute, eine europäische Debatte über die Verfasstheit der EU anzustoßen und gemeinsame Vorschläge zu formulieren. Rot-Grün, aber auch die Regierung Jospin wurden dieser Rolle nicht gerecht. Hierzu wären eine lange Vorarbeit, intensive Kontakte und nicht zuletzt auch klare europapolitische Vorstellungen erforderlich gewesen. Schröder und Jospin haben wertvolle Zeit verstreichen lassen.

---

### **Zeit für einen neuen Gründungspakt, der den Beziehungen mit Frankreich eine neue Qualität gibt**

Ohne intensive Abstimmung zwischen Paris und Berlin wird die komplexe Frage nach der künftigen Gestalt der EU nicht zu beantworten sein. Frankreich und Deutschland haben es in der Hand, das Projekt der europäischen Integration weiter voranzutreiben. Sie müssen ihre Interessen ausgleichen und gemeinsame Initiativen einbringen. Sie müssen sicherstellen, dass Erweiterung und stockende Reformen nicht zu einer Verwässerung des politischen Gehalts des Integrationsprozesses führen.

40 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages ist die Zeit für einen neuen Gründungspakt gekommen, der den Beziehungen mit Frankreich eine neue Qualität gibt. Dies ist auch eines der großen politischen Ziele von Präsident Chirac, mit dem ich am 16. Juli in Paris zusammentreffe. Deutschland und Frankreich müssen die Initiative ergreifen, um die europäischen Po-



tenzen stärker zu bündeln – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch.

Wir wollen ein einiges Europa als starken globalen Faktor, aber Europa braucht auch im 21. Jahrhundert die Vereinigten Staaten als transatlantischen Partner, mit dem uns fundamentale Werte und Interessen verbinden. Amerika und Europa sind nicht nur die größten Wirtschaftsmächte der Welt, sondern sie müssen auch gemeinsame Herausforderungen bewältigen, die nationale Möglichkeiten übersteigen. Es geht dabei nicht nur um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sondern auch um viele andere Fragen von größter Bedeutung, von den drohenden Klimaveränderungen bis zum Kampf gegen die Organisierte Kriminalität oder die Eindämmung von Migrationsströmen.

### Bei der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs kann ein Kompromiss gefunden werden

Es gibt wenig, was Amerika und Europa nicht gemeinsam erreichen können. Als führende Wirtschaftsnationen haben wir dem multilateralen Welthandelssystem Inhalt und Kontur gegeben. Daran ändern auch Kontroversen über Stahlzölle oder Subventionen für die Landwirtschaft nichts. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, Europa eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung zu geben, die Russland einschließt.

Wir brauchen Amerika als Partner – aber umgekehrt weiß man auch in den USA, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit ist. Ich bin deswegen zuversichtlich, dass bei der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs ein Kompromiss gefunden wird, der den legitimen Interessen aller Seiten entspricht.

### Frieden im Nahen Osten kann es nur im Miteinander von zwei demokratischen Staaten geben

Unter den Herausforderungen für die transatlantische Verantwortungsgemeinschaft nimmt der Nah-Ost-Konflikt eine besondere Rolle ein. Durch die Spirale der Gewalt in den letzten Monaten ist die Lage immer dramatischer geworden. Meiner Einschätzung nach sind die beiden Konfliktparteien im Augenblick zu einer Lösung allein aus eigenen Kräften nicht in der Lage. Denn Hass und Misstrauen werden immer stärker. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Initiative von Präsident Bush. Er hat damit unterstrichen, dass die USA ihre ganze Autorität einsetzen, um eine dauerhafte Lösung zu erreichen. Frieden kann es nur in dem von Bush genannten Rahmen geben: im Miteinander von zwei demokratischen Staaten.

Palästina muss ein demokratischer Rechtsstaat werden, der sich nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten eindeutig vom Terrorismus distanziert. Auf dem Weg zu diesem Ziel brauchen wir das gemeinsame Engagement der USA, Russlands, der UNO und der Europäischen Union. Auch die arabischen Nachbarstaaten müssen dazu beitragen.

Die Europäer haben zu den meisten arabischen Staaten gute Beziehungen. Sie können helfen, Brücken zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu schlagen. An diesem Prozess sollte sich Deutschland auch auf Grund seiner guten Beziehungen zur arabischen Welt intensiv beteiligen.

Aber ich lehne, anders als der Bundeskanzler, jeden militärischen Beitrag Deutschlands in der Region ganz entschieden ab. Dies wäre vor dem Hintergrund un-



serer eigenen Geschichte ein unverantwortlicher Schritt.

---

■

### Deutsche Soldaten im Dienst am Frieden auf dem Balkan oder in Afghanistan: vor 15 Jahren noch völlig unvorstellbar

Wir stellen uns der Verantwortung aus der Geschichte. Das gilt für unser Verhältnis zu Israel, das gilt aber auch ganz grundsätzlich für Deutschlands Rolle in der Welt. Diese Rolle hat sich grundlegend verändert. Dass deutsche Soldaten auf dem Balkan oder in Afghanistan Dienst am Frieden leisten, ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit und war doch noch vor fünfzehn Jahren völlig unvorstellbar.

Hinter uns liegt ein Jahrhundert, zu dessen Beginn das Deutsche Reich sich über seine Rolle in der Welt zutiefst im Ungewissen war. Das Schwanken zwischen Minderwer-

tigkeitskomplexen und Größenwahn, zwischen Einkreisungsängsten und Weltmachtstreben löste zwei historische Katastrophen aus und schuf unermessliches menschliches Leid. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm das geteilte Deutschland fünfzig Jahre lang eine prekäre Sonderrolle mit äußerst begrenztem Handlungsspielraum ein.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss auch der größte Pessimist keine Wiederholung der Geschichte befürchten. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Platz, ihre Rolle in Europa und in der Welt gefunden.

Wir wissen, dass es keine bequeme, mühelos zu spielende Rolle ist, sondern eine Herausforderung, die von uns noch sehr viel mehr Anstrengung verlangen wird als bisher. Aber wir sind bereit, diese Anstrengung gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern in Europa und jenseits des Atlantiks zu erbringen. Nur so können wir unsere Zukunft in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand gestalten.



---

*Wir wollen ein einiges Europa als starken globalen Faktor, aber Europa braucht auch im 21. Jahrhundert die Vereinigten Staaten als transatlantischen Partner, mit dem uns fundamentale Werte und Interessen verbinden. Amerika und Europa sind nicht nur die größten Wirtschaftsmächte der Welt, sondern sie müssen auch gemeinsame Herausforderungen bewältigen, die nationale Möglichkeiten übersteigen. Es geht dabei nicht nur um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sondern auch um viele andere Fragen von größter Bedeutung, von den drohenden Klimaveränderungen bis zum Kampf gegen die Organisierte Kriminalität oder die Eindämmung von Migrationsströmen.*